

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

38. Jahrgang / 249

29. Dezember 1983

Dr. Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, skizziert die politischen Aufgaben für 1984: Nicht kurzatmig sein.
Seite 1

Nicht kurzatmig sein

Die SPD muß die Grundlagen für eine neue Politik legen

Von Dr. Peter Glotz MdB
SPD-Bundesgeschäftsführer

Norbert Gansel MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, resümiert eine Maghreb-Reise: Arafat braucht politische Erfolge.
Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion, zu jüngsten filmpolitischen Entscheidungen des Bundesinnenministers: Zimmermanns Mut zur Wende.
Seite 5

Was ist das innenpolitische Ergebnis des Jahres 1983? Hat der Neokonservatismus gesiegt? Zwar ist - daran gibt es keinen Zweifel - die Linke am 6. März bei den Bundestagswahlen geschlagen worden. Aber für wie lang? Für die berühmten, von Herbert Wehner vorhergesagten, 15 Jahre? Oder - wie es die wilden Auseinandersetzungen zwischen CSU und FDP signalisieren - für eine Legislaturperiode?

Die regierende Koalition, darin ist kein Zweifel, ist schon nach einem dreiviertel Jahr in einem bedenklichen Zustand. Es will etwas heißen, daß die bayerische CSU, in der es schließlich auch Machtkämpfe gibt, inzwischen geschlossen Strauß nach Bonn wünscht; selbst Friedrich Zimmermann, der durch eine Kabinettsumbildung nur verlieren kann, fürchtet inzwischen, daß ein unbeeinflußter und ungesteuerter Kohl die frische Macht der Konservativen verspielt. Im Übrigen aber weiß man als Europäer, daß Regierungen in bedenklichem Zustand zuweilen ganz schön lange regieren können.

Dokumentation

Dr. Dieter Spöri MdB entwickelt anhand seiner Anfragen - von 1978 bis heute - und der ihm von der Bundesregierung zur Flick-Steuerbefreiung gegebenen Auskünfte die Chronik eines politischen Skandals.
Seite 6

Trotzdem sollte sich niemand darüber täuschen, daß die Deutschen in einer Situation sind, die sich krisenhaft zuspitzt. Der Aufschwung in den Vereinigten Staaten ist vor allem konsumorientiert; und die mäßige Aufwärtsbewegung bei uns kommt vorwiegend aus dem Entsparen. Eine Wende zu einem selbsttragenden Aufschwung ist nicht erkennbar. Ich bestreite nicht, daß es Chancen zu größeren Wachstumsraten im nächsten Jahr gibt. Die Bundesregierung wird diesen Prozeß Aufschwung nennen. Aber ich sage voraus, dieser sogenannte Aufschwung wird nur kurzfristig sein und wenig an unserem Hauptproblem, der Arbeitslosigkeit ändern. Die nächste Rezession kommt bestimmt, und zwar ohne daß vorher die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit abgebaut ist. Im Klartext: In den letzten konjunkturellen Abschwung gingen wir mit

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



800.000 Arbeitslosen; in den nächsten werden wir mit mehr als zwei Millionen Arbeitslosen gehen. Und diese Voraussage ist schon optimistisch. Daraus folgt: Die Probe für Helmut Kohl kommt an der Jahreswende 1985/86.

Und dabei muß man berücksichtigen, daß unser Parteiensystem in Bewegung gerät. Man muß sich klarmachen, daß es zur Zeit völlig offen ist, ob nach der nächsten Bundestagswahl im Bundestag drei oder fünf Parteien vertreten sein werden.

Dies heißt, daß das Schicksal sowohl der Grünen wie auch der FDP offen ist. Beide Parteien können überleben; aber beide können auch sterben. Das ist der Grund, warum alle Prognosen in die Zukunft hinein mit so vielen Unsicherheiten belastet sind.

Was die FDP betrifft, so ist klar: Lamsdorff stürzt; da beißt die Maus keinen Faden ab und damit fällt der einzig originelle Mann. Genscher ist dann der letzte Musketier; ein Routinier von Graden, aber auch ein Repräsentant des Realismus von gestern. Bleibt die gelenkige Generation mit Attaché-Case: Möllemann, Morlock, Gerhard und Wie-Heißt-Er-Doch-Gleich. Ob mit dieser Garde Staat zu machen ist, wird sich erst erweisen müssen.

Ähnlich offen ist der Prozeß bei den Grünen, die den schrecklichen psychologischen Klassenkampf um die Rotation noch vor sich haben. Wird sich die "Machtfraktion" um Otto Schily und Josef Fischer durchsetzen? Oder die Halb- und Dreiviertel-Fundamentalisten, die den Prozeß der Parteilwerdung verhindern möchten? Wird diese neue Kraft von der "Lebensgebärde" zur Politik fortschreiten? Oder endet die "Totalisierung der Ängste" und die "Tyrannei der Intimität" im Kampf aller gegen alle?

Die deutsche Sozialdemokratie wird all diese Prozesse sorgfältig registrieren; aber sie wird sich an diese Prozesse nicht binden. Die SPD als Oppositionspartei im Bundestag würde einen schweren Fehler machen, wenn sie jetzt Bündnisspiele triebe. Die Situation ab Mitte dieses Jahrzehnts wird ernst genug; und die gnadenlose Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung wird schon in Orwells Jahr 1984 einen Vorgeschmack auf die Verschlechterung der Arbeitsbeziehungen ab 85/86 geben. In dieser Situation heißt es für die SPD: Nicht flattern, sondern Substanz ansammeln und stärker werden. Die ersten Schritte (bei verschiedenen Kommunalwahlen von Mannheim bis Lörrach, sowie bei den Landtagswahlen in Bremen und Hessen) sind getan. Die nächsten Schritte liegen vor uns: In Nordrhein-Westfalen ebenso wie im Saarland, in Berlin und anderswo.



"Substanz ansammeln" aber heißt: Nicht kurzatmig sein. Die SPD muß einen neuen Godesberg-Prozeß in die Wege leiten; die Erneuerung ihres Godesberger Programms mit dem Ziel eines außerordentlichen Programmparteitages Ende der 80er Jahre. Dabei geht es einmal um eine neue Verteidigungsstrategie; denn was dem westlichen Bündnis seit der Kennedy-Ära fehlt, ist eine überzeugende Rahmenkonzeption, eine "Grand Strategy", die die eigenen Werte in eine weitsichtig angelegte Weltpolitik umsetzt. Wir müssen über die waffentechnischen Debatten hinauskommen zu der Frage, wie es dieser Staat eigentlich erreichen soll, daß die erdrückende Mehrheit seiner Menschen daran glaubt, daß die Bundeswehr und das Bündnis auch im Konfliktfall eine realistische Chance haben, das Leben der Bürger zu schützen.

Ebenso entscheidend aber wird das Problem einer Re-Vitalisierung unserer Wirtschaft. Man muß daran zweifeln, daß wir das Arbeitsmarktproblem dadurch lösen, daß wir uns gegenseitig unsere Wäsche waschen. Die uns aus den Vereinigten Staaten prophezeite Dienstleistungsgesellschaft kommt; aber sie kommt langsamer als erwartet. Derweilen müssen wir die Herausforderungen von Mikroelektronik und Informations- und Kommunikationstechniken positiv aufgreifen - nicht ohne soziale Steuerung, aber ohne untaugliche Blockierungsexperimente. Wir wissen, daß der unverständliche und unverantwortliche Verzicht der Regierung Kohl auf Industriepolitik uns gegenüber unseren Konkurrenten (vor allem gegenüber Japan) unweigerlich zurückwerfen wird. Deswegen lassen wir uns mit der CDU/CSU nicht auf ein Wettrennen in die Vergangenheit ein, sondern orientieren uns nach vorn. Die SPD wird sich schon 1984 mit dem entscheidenden Thema der zweiten Hälfte der 80er Jahre, der dritten industriellen Revolution, illusionslos, seriös und grundlegend auseinandersetzen.

Die SPD hat 1983 die Rolle der Opposition ohne Zögern angenommen. Sie darf keine Rückzugsgefechte führen, sondern muß die Grundlagen für eine neue Politik Ende der 80er Jahre legen. Das Jahr 1984 wird auf diesem Wege eine wichtige Zwischenstation.

(-/29.12.1983/ks/rs)

+ + +



Arafat braucht politische Erfolge

Eindrücke von einer Reise in den Maghreb

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages besuchte Mitte Dezember Algerien, Marokko und Tunesien. In den drei Maghreb-Staaten führte sie Gespräche mit Parlaments-, Parteien und Regierungsvertretern.

Tunis liegt von Beirut so weit entfernt wie München, und nach Beirut ist es von Rabat soweit wie von Tromsø im Norden Norwegens. Und dennoch mußten die deutschen Abgeordneten den Eindruck gewinnen, sie besuchten Nachbarstaaten des Libanon. In allen Gesprächen war der Libanon-Konflikt und der eigentliche Nahost-Konflikt, das heißt, der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, für die Araber das wichtigste Thema.

Kein Zweifel: Die Politiker in diesen drei Staaten halten die staatliche Existenz Israels für irreversibel, auch wenn sie sie nicht förmlich anerkennen. Aber sie werden auf der internationalen Bühne keine Ruhe geben, solange das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser nicht verwirklicht worden ist.

Die Politiker in diesen Staaten setzen auf eine politische Lösung und deshalb auf Arafat. Tunesien und Algerien haben sich dafür direkt engagiert und zu verhindern geholfen, daß die Palästinenser-Organisation in die Hände Syriens gefallen ist. Beide Staaten haben Truppen Arafats aufgenommen und halten sie unter Kontrolle. In Algerien können PLO-Gremien ohne Pressionen tagen. In Tunesien hat Arafat sein Hauptquartier. Dort ist der PLO-Stab eine Quasi-Exilregierung. Es war deshalb eine Normalität, daß die deutsche Delegation bei einem Essen des deutschen Botschafters mit dem außenpolitischen Sprecher der PLO, Kaddumi, zusammentraf. Das vertrauliche Gespräch zwischen ihm und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses Werner Marx (CDU) sollte deshalb auch als eine Normalität gewertet werden. Für die Union ist es jedenfalls ein wichtiger Schritt zur Normalisierung ihres Verhältnisses zur PLO.

Die Umstände des Abzugs Arafats und seiner Anhänger aus Tripoli, sein Treffen mit Mubarak, seine begeisterte Aufnahme im Nordjemen, seine Unterstützung durch alle auf Ausgleich eingestellten arabischen Politiker lösen nicht die innere Krise der PLO, sie markieren sie eher. Dennoch kann sich aus dieser Krise ein Weg zum Frieden im Nahen Osten ergeben. Ein Zusammengehen Arafats mit Mubarak und König Hussein kann die offene und stillschweigende Unterstützung fast aller arabischen Staaten finden. Der Reagan-Plan ist noch nicht tot. Ein Brückenschlag zwischen dem Gipfel von Fez der arabischen Staaten und dem Plan der amerikanischen Administration scheint nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen nicht ausgeschlossen.

Voraussetzung dafür ist, daß die USA die einseitige Parteinahme für Israel aufgeben, dem Libanon nicht ihre Lösung aufzwingen und schließlich, daß die PLO auf dem politischen Wege bleibt. Der militärische Weg verspricht ohnehin nie den erhofften Erfolg. Und die Rückkehr zum Terrorismus würde nicht nur neues menschliches Leid, sondern auch eine neue Isolierung der PLO bedeuten. Arafats Leute scheinen sich dieser Gefahr bewußt zu sein. Kaddumi lehnte im Gespräch in Tunis jede Verantwortung für den feigen Terroranschlag ab, dem in Jerusalem Kinder und alte Männer zum Opfer gefallen waren.

Arafat und der gemäßigte Teil der Palästinenser brauchen politische Erfolge, wenn sie nicht auf den Weg der Gewalt zurückgeworfen werden sollen. Die Bundesregierung fordere ich in dieser Situation auf, ihre Beziehungen zur PLO zu intensivieren und öffentlich aufzuwerten. Der Auswärtige Ausschuß ist ihr in Tunis einen Schritt voraus-
(-/29.12.1983/ks/rs)

Zimmermanns Mut zur Wende

Der BundesInnenminister hat erneut eine Jury-Empfehlung übergangen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion

Vielleicht wird man eines Tages mit dem Finger auf ihn zeigen und sagen: Das ist der (Zimmer) Mann, der dem deutschen Film den Garaus gemacht hat! Aber eines muß ihm der Neid lassen: Mut hat er, unser Innenminister! Aber vielleicht ist es auch nur Kalkül, weil er nämlich weiß, daß der organisierte Widerstand ausbleibt.

Die Rede ist von Friedrich Zimmermanns Entscheidung, von den ihm zur Auszeichnung empfohlenen sechs Filmprojekten nur fünf mit jeweils 250.000 DM zu belohnen, die sechste Empfehlung aber nicht auszusprechen. Damit blieb der "Fall Achternbusch" kein Einzelfall, sondern hat nun gewissermaßen Schule gemacht.

Weitere Fälle dürfte es aber - und da setzt Zimmermanns Kalkül ein - nicht geben, denn ehe die Kommission das nächste Mal zusammentreten wird - im Mai nächsten Jahres -, werden im Februar die neuen Richtlinien in Kraft gesetzt, und da ist mehr als nur hinreichend Vorsorge getroffen, daß solche Fälle überhaupt nicht mehr auftauchen.

Warum gibt es so wenig Widerstand? Ganz einfach: Die Kommissionen tagen geheim, und nur durch Indiskretionen (an denen ich mich, da ich selbst Jurymitglied bin, nicht beteiligen kann) sickert in die Öffentlichkeit, was Sache ist. Mit solchen Formen zivilen Gehorsams läßt sich natürlich trefflich regieren!

Die weihnachtliche Hektik hat zudem niemanden recht wahrnehmen lassen, daß von Zimmermanns Verdikt diesmal eine mehrfache Bundesfilmpreisträgerin betroffen war - Elfriede Mikesch -, eine gescheite, sensible Person und hervorragende Filmern, die allen Jurymitgliedern persönlich bekannt war und höchste Anerkennung genoß. Jetzt stellt man schmerzvoll fest: Im Jahr 1983 endete die Ära liberaler Filmpolitik, und die Öffentlichkeit merkt es nicht einmal! (-/29.12.1983/bgy/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuß (Flick), Dieter Spöri, hat für den SPD-Pressedienst eine Dokumentation zusammengestellt, aus der hervorgeht: Die Auskünfte des Bundeswirtschaftsministeriums über Ablauf und Fakten im Verfahren zur Steuerbegünstigung der Flick-Gruppe und zu deren Rücknahme im Fall der Grace-Anlagen sind unzutreffend. Dies läßt sich anhand von Spöris parlamentarischen Fragen an die Bundesregierung und der darauf gegebenen Antworten seit 1978 nachweisen, die wir nachstehend dokumentieren.

Flick, Grace und die Steuerbefreiung - Chronik eines Skandals

I.

Am 13. Dezember 1978 hat das Bundeswirtschaftsministerium meine mündliche Frage: - "Ist auch nach Auffassung der Bundesregierung die 800-Millionen-DM-Anlage bei Grace & Co. und die damit herbeigeführte Veränderung der Unternehmensstruktur des Flick-Konzerns volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig, wie auf einer Pressekonferenz am 30. November 1978 von Friedrich Karl Flick in Düsseldorf zum Ausdruck gebracht worden ist?" -

wie folgt beantwortet: (Grüner, Parlamentarischer Staatssekretär): "Auf der Pressekonferenz der Firma Friedrich Flick Industrieverwaltung am 30. November 1978 hat Herr Dr. Flick selbst mitgeteilt, daß vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen Bescheinigungen nach Paragraph 4 Auslandsinvestitionsgesetz für die Wiederanlage eines Teils des bei der Veräußerung von Daimler-Benz-Aktien erzielten Erlöses in einer Beteiligung bei der Firma Grace in Höhe von rund 800 Millionen DM erteilt worden sind. Insoweit kann die Bundesregierung diesen Sachverhalt bestätigen. Die Bescheinigung für den ersten Einstieg bei der Firma Grace ist 1976 erteilt worden. Die vor kurzem erteilte zweite Bescheinigung bezieht sich auf die von der Firma Friedrich Flick von Anfang an geplante Aufstockung dieser Beteiligung auf eine qualifizierte Höhe, die wesentlichen unternehmerischen Einfluß gestattet. Eine Bescheinigung nach der genannten gesetzlichen Bestimmung setzt voraus, daß der Erwerb der Anteile unter Berücksichtigung der Veräußerung der Anteile volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet ist, der internationalen Arbeitsteilung oder einer verstärkten weltwirtschaftlichen Verflechtung zu dienen.

Die sehr sorgfältig durchgeführten Untersuchungen im Rahmen des Bescheinigungsverfahrens beim Bundeswirtschaftsministerium, an dem der Bundesfinanzminister und Länderwirtschaftsministerien sowohl 1976 als auch 1978 beteiligt waren, haben gezeigt, daß diese Voraussetzungen als gegeben angesehen werden. Dabei hat die technologische Kooperation insbesondere auch auf dem energiepolitisch wichtigen Gebiet der Kohletechnologie eine besondere Rolle gespielt. Die Bundesregierung weist deshalb ihren öffentlich erhobenen Vorwurf als unbegründet zurück, daß es sich bei der Bescheinigungserteilung um "eine bodenlose Instinktlosigkeit" gehandelt habe."

II.

Vor diesem Hintergrund hatte ich für die nächste Fragestunde des Deutschen Bundestages folgende zwei mündliche Fragen eingereicht:

1. Trifft es zu, daß dem Bundeswirtschaftsminister Unterlagen der Flick-Zentrale vorliegen, nach denen die bei der Beantragung der Bescheinigungen nach Paragraph 4 Auslandsinvestitionsgesetz für den Anlagefall Grace gemachten Aussagen über technologische Kooperationen nicht mehr haltbar sind, und wird Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff die erteilte Bescheinigung zurückziehen?
2. Hält Staatssekretär Grüner seine am 13. Dezember 1978 mir gegenüber im Bundestag gemachte Aussage aufrecht, daß die Voraussetzungen im Anlagefall Grace für eine Begünstigung nach Paragraph 4 Auslandsinvestitionsgesetz gegeben sind?"

Der Parlamentarische Staatssekretär Grüner antwortete am 2. Dezember 1982: "Dem Bundeswirtschaftsministerium wurden auf seine Veranlassung hin von der Staatsanwaltschaft Bonn einige Notizen von Angehörigen der Firma Flick zur Verfügung gestellt, die zu Zweifeln Anlaß geben, ob die Antragstellerin die für die Bescheinigungserteilungen erheblichen Umstände seinerzeit in ihren Anträgen richtig und vollständig dargestellt hat. Das Bundeswirtschaftsministerium hat deshalb ein Verwaltungsverfahren zur Überprüfung eingeleitet, ob die erteilten Bescheinigungen Bestand behalten können. Die Firma Flick wurde zur Stellungnahme und Vorlage geeigneter Beweisunterlagen bis zum 1. Dezember dieses Jahres aufgefordert. Stellungnahme und Unterlagen sind rechtzeitig eingegangen. Vor Prüfung dieser Unterlagen und gegebenenfalls einer Erhebung weiterer Beweise kann keine Aussage dazu gemacht werden, ob die erteilten Bescheinigungen zurückzunehmen sind."

Und auf meine zweite Frage sagte Grüner: "Die damaligen Anträge der Firma Flick, einen Teil des Gewinns aus der Veräußerung von Daimler-Benz-Aktien ohne sofortige Besteuerung auf eine Beteiligung bei der Firma Grace zu übertragen, wurden nach sehr eingehender und umfassender Prüfung vom Bundeswirtschaftsministerium zusammen mit dem Bundesfinanzministerium und den beteiligten Länderwirtschaftsministerien positiv beurteilt und mit der Erteilung der Bescheinigungen abgeschlossen. Die Bescheinigungen testieren, daß der Erwerb der Gracebeteiligung unter Berücksichtigung der Anteilsveräußerung volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig und geeignet ist, der internationalen Arbeitsteilung und einer verstärkten weltwirtschaftlichen Verflechtung zu dienen. Ich habe am 13. Dezember 1978 auf Ihre Anfrage mitgeteilt, daß bei dieser Beurteilung die technologische Kooperation insbesondere auch auf dem energiepolitisch wichtigen Gebiet der Kohletechnologie eine besondere Rolle spiele. Die seinerzeit vorgelegten Unterlagen über kooperative und andere unternehmerische Planungen sowie mündliche Erläuterungen der Beteiligungskonzeption waren plausibel und boten zu Zweifeln keinen Anlaß."

Solange das Bundeswirtschaftsministerium über keine Erkenntnisse verfügt, die eine Revision der damaligen Entscheidungen rechtfertigen, besteht für das Bundeswirtschaftsministerium keine rechtliche Möglichkeit, die Bescheinigungen aufzuheben. Solche Erkenntnisse liegen dem Bundeswirtschaftsministerium bisher noch nicht vor."

III.

Ich stellte kurz darauf die beiden Fragen:

"Welche Hinweise ergeben sich aus der inzwischen beim Bundeswirtschaftsministerium eingegangenen Stellungnahme der Firma Flick und den zugehörigen Unterlagen zur Frage der technologischen Kooperation im Zusammenhang mit der Kapitalanlage der Flick-Gruppe bei Grace & Co.?"

"Welche Konsequenzen hat die dem Bundeswirtschaftsministerium inzwischen vorliegende Stellungnahme der Flick-Gruppe zur Frage der technologischen Kooperation im Anlagefall Grace für die vom Bundeswirtschaftsminister zur Steuerbegünstigung nach Paragraph 4 Auslandsinvestitionsgesetz erteilte Bescheinigung?"

Staatssekretär Dr. Otto Schlecht antwortete am 10. Dezember 1982:

"Die am 30. November 1982 beim Bundeswirtschaftsministerium eingegangene Stellungnahme der Firma Flick und die dazugehörigen Unterlagen werden gegenwärtig geprüft. Inzwischen wurde die Firma Flick zur Vorlage weiterer Beweisunterlagen aufgefordert. An der Überprüfung, ob die erteilten Bescheinigungen nach Paragraph 4 AuslInvG Bestand behalten können, ist das Bundesfinanzministerium beteiligt. Ich bitte um Verständnis, daß während des laufenden Prüf- und Beweiserhebungsverfahrens über den jeweiligen Ermittlungsstand keine Erklärungen abgegeben werden können, da dies die Beweiserhebung beeinträchtigen könnte. Deshalb kann vor Prüfung der Unterlagen und gegebenenfalls einer Erhebung weiterer Beweise keine Aussage dazu gemacht werden, ob die erteilten Bescheinigungen zurückzunehmen sind. Ich versichere, daß die Prüfung so zügig wie möglich und so gründlich wie nötig erfolgt. Sie können damit rechnen, daß nach Abschluß des Verfahrens die Entscheidungsgründe transparent gemacht werden."

IV.

Im Januar 1983 stellte ich dann diese Fragen:

"Welche Anhaltspunkte ergeben sich für die Bundesregierung nach der Stellungnahme der Firma Flick in der Frage einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme der Steuer-

vergünstigung nach Paragraph 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes im Anlagefall Grace, und warum wurde das Prüfverfahren des Bundeswirtschaftsministeriums noch nicht abgeschlossen?"

Staatssekretär Dr. Schlecht antwortete am 31. Januar:

"Die vom Bundeswirtschaftsministerium angeforderten weiteren Beweisunterlagen der Firma Flick sind am 14. Januar 1983 eingegangen. Diese Unterlagen umfassen acht Aktenordner und werden zur Zeit im Bundeswirtschaftsministerium und im Bundesfinanzministerium eingehend geprüft. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft Bonn auf Bitte des Bundeswirtschaftsministeriums Einsicht in ihre Akten über das Ihnen bekannte Ermittlungsverfahren gewährt. Die Einsichtnahme in das außerordentlich umfangreiche Material und seine Auswertung dauern an. Diese Arbeiten im Rahmen des eingehenden Prüfungsverfahrens erklären, warum das Verfahren noch nicht abgeschlossen werden konnte. Erneut ist darauf hinzuweisen, daß während des laufenden Prüf- und Beweiserhebungsverfahrens keine Erklärungen über den jeweiligen Stand der Ermittlungen abgegeben werden können, da sonst die Beweiserhebung beeinträchtigt werden könnte."

V.

Im April 1983 wollte ich wissen: "Hat das Bundeswirtschaftsministerium die schon seit Dezember 1982 laufende Überprüfung der Bescheinigungen nach Paragraph 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes für die Steuerbegünstigung der Wiederanlagen der Flick-Gruppe in den US-Konzern Grace inzwischen abgeschlossen, und welches Ergebnis hatte diese Prüfung?"

Antwort des Staatssekretärs Dr. Schlecht vom 29. April: "Das Verwaltungsverfahren zur Überprüfung der Bescheinigungen nach Paragraph 4 AuslInvG ist noch nicht abgeschlossen. Das Ergebnis der Durchsicht der Akten der Ermittlungsbehörden, auf die ich in meiner Antwort vom 31. Januar 1983 (Drucksache 9/2404) hingewiesen hatte, hat zu Rückfragen bei dem Unternehmen und zur Anforderung zusätzlicher Unterlagen geführt. Dieses Material, das zum Teil erst vor kurzem eingegangen ist, wird zur Zeit ausgewertet. Nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens ist es im übrigen denkbar, daß anschließend noch Zeugen vernommen werden müssen."

VI.

Am 23. Dezember 1983 schrieb mir der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. von Würzen, in Beantwortung neuerlicher Fragen:

"Sehr geehrter Herr Spöri!

Namens der Bundesregierung beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

(Zu 218:) Das Überprüfungsverfahren wird in Kürze abgeschlossen; eine Entscheidung in der Sache kann bis Ende Januar 1984 erfolgen.

(Zu 219:) Eine abschließende Beurteilung der Frage ist erst nach Beendigung des Überprüfungsverfahrens möglich.

Die Bundesregierung wird Sie über den Abschluß des Verfahrens von sich aus unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. v. Würzen."

VII.

Mit Datum vom 28. Dezember erhielt ich sodann folgenden Brief des Staatssekretärs von Würzen:

"Sehr geehrter Herr Spöri!

Ich hatte in meiner Antwort vom 23. Dezember 1983 auf Ihre Fragen angekündigt, Sie über den Abschluß des Verfahrens zu unterrichten. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß der Rücknahmebescheid gestern der Firma Flick zugestellt worden ist. Eine Presseerklärung, die wir heute veröffentlichen, liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen
gez. v. Würzen."

(-/29.12.1983/ks/rs)